

arjeit, sagt nichts gegen die Demokratie! Es ist nicht als ein kranziges Zeichen unserer Zeit, ein Zeichen des neblenden Parteipatrias, das man die Geschäftspraktiken Erzbischofs an die Modische der Demokratie hängen will. Nicht die Demokratie stand an der Anklagebank, nicht das parlamentarische System. Viel eher sollte man von Folgeerscheinungen des zusammengehörigen Systems reden. Aber auch das halten wir für unangebracht. Auf der Anklagebank des Volkes stand und steht allein die Person Erzbischofs, die bis fallt nach dem der Prozess klarheit gebracht hat. Und wenn Herr Erzbischof jetzt eine geteilte Weisheit ist, so ist damit nicht gesagt, daß nun Herr Helfrich im gleichen Maße geteilt sei. Wenn wir an die Person Helfrichs denken, erinnern wir uns immer eines Refraines, den ein Theatermann vor dem Stuttgarter Schloß einst Napoleon I. vorspielte: Du bist der beste Bruder an mir! Wir können hieran umfomehr denken, als Herr Helfrich seinen Kampf in Formen geführt hat, die nicht gerade zur Niederlegung anzuregen sollten. Sieger ist nicht Herr Helfrich, sondern allein das Recht, die Gerechtigkeit. Und ebenso wenig haben diejenigen Parteien ein Recht, sich als „Sieger“ zu fühlen, die heute Herrn Helfrich als einen der ihren betrachten. Wie wir das Zentrum nicht um Herrn Erzbischof beneiden, so beneiden wir die deutschnationale Volkspartei auch nicht um Herrn Helfrich!

Der Vorgänger Erzbischofs im Reichsfinanzministerium, der Angeklagte in dem zu Ende gegangenen Prozess, hat in seinem Schlusswort geteilt gesagt: Ich habe Erzbischof als ein Verhängnis für das deutsche Volk betrachtet und habe es für notwendig gehalten, daß er als Minister sowohl als auch als Politiker verschwinde. Herr Helfrich ist so unbescholten, so glänzend, er habe dieses Ziel erreicht. Leider können wir ihm nicht zustimmen. Leider! Die Ministerfrage Erzbischofs wird erzählt. Aus dem suspendierten Finanzminister Erzbischof wird gewiss in wenigen Tagen ein Minister a. D. geworden sein, auch ohne daß die Ergebnisse der Charlottenburger Steuerfrage der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind und ohne, daß über die Kapitalversicherungen rechtliche Aufklärung gebracht worden ist. Aber der Politiker Erzbischof? Er habe die Geschäftsfähigkeit und Fähigkeit des Buchhändlers Schwanen unterschätzt, wollte man annehmen, daß auch der Politiker Erzbischof erledigt ist. Wir fürchten vielmehr, daß wir nur zu bald werden auszuweichen müssen: Sei leinet noch, sei leinet noch!

Die politische Lage.

Die Verhandlung des gemeinsamen Antrags der Deutschradikalen und der Deutschen Volkspartei über die Auflösung der Nationalversammlung am 1. Mai wird Gelegenheit zu einer allgemeinen Ausdrucksweise über die politische Lage geben. Wir hören, wollen sich dabei die Mehrheitsparteien nach Möglichkeit mit der Absicht fügen, Erzbischof, auch schließlich für den. Natürlich werden auch die Oppositionsparteien der Rechte und der Linken die Gelegenheit zu eingehender Kritik der Mehrheitsparteien nicht ungenutzt lassen.

Von allen Seiten wird zugestanden werden müssen, daß sich die politische Lage in den letzten Wochen nicht unbedeutend gebessert hat. Zwar leben wir noch immer unter dem Ausnahmezustand und Nothschicksal mit seinen weitgehenden Beschränkungen der Grundrechte und der Verfassungspartikel. Natürlich werden auch die Oppositionsparteien der Rechte und der Linken die Gelegenheit zu eingehender Kritik der Mehrheitsparteien nicht ungenutzt lassen.

Geheimrat Robert.

erzählt anlässlich seines gestrigen siebenzigsten Geburtstages über 400 Glückwunschkarten aus nah und fern. Unsere Unachtsamkeit gratulierte mit dem Autor, dem Professorenkollegium und der Studentenenschaft, welche letztere eine geschmackvolle lateinische Festschrift überreichte. Aus der Zahl der sonstigen Ehrungen für den berühmten Archäologen seien hervorzuheben die Glückwunschkarten der Lehigen, Berliner und Breslauer, der philosophischen Fakultäten, des Wiener Kunstvereins, der Zürcher Akademie der Wissenschaften. Ferner sei betont, daß die schweizerische Universität Appenzel A. A. Geheimrat Robert in warmen Worten ehrte und mehrere bedeutende norwegische Gelehrte seiner gedachten. Der Lauscher Theaterverein aber ernannte den Gelehrten, der die Würde eines geschäftsführenden Vorstandes mitglieders an Herrn Geheimrat Kern übertrug, zu seinem Ehrenmitglied. Bezüglich der Zahl der Gratulanten, die Herrn Geheimrat Robert persönlich ihre Verehrung bezeugten. Es waren allein aus Berlin gesehen 12 Archäologen erschienen. Wie fanden den Siebzehnjährigen voller Freude und Arbeitsfreudigkeit. Ihr bester Beweis liegt übrigens in der jüngst erschienenen „Archäologischen Hermeneutik“, einem hervorragenden Werke, das auch im Auslande ungewöhnliche Anerkennung erfuhr. Nicht zu vergessen den vierten Band der „Carthographische“ und das im Druck befindliche Lebenswerk Geheimrat Roberts „Die Geschichte Griechenlands“.

Gründung eines Instituts für Eiweißforschung.

Die wissenschaftliche Notlage hat auf die Verhältnisse der Landwirtschaftslehre in äußerst bedauerlicher Weise eingewirkt.

Auch in der aus 27-jährigen Vollkraft ist Berufung eingetreten. Zwar droht der französische Ministerpräsident Willerd geordnet immer noch mit Gewaltmaßnahmen, aber seine englischen und italienischen Kollegen und Bundesgenossen halten die französische Nachfrage im Zaume und hindern nennenswert für eine vernünftige Auffassung bezüglich der Behandlung Deutschlands nicht. Die eine Not zwingt die Sieger zur Weisheit und legt ihnen heute schon den Gedanken einer durchgehenden Revision des Verfallenen Friedensvertrages nahe. Natürlich ist man vor Ueberrückungen trotzdem nicht gleichgültig. Aber die Möglichkeit einer ruhigen Entzweiung scheint heute eher als vor Wochen gegeben zu sein.

Alles in allem darf man also auch bei vorläufiger Beurteilung die positive Stimmung heute zuversichtlicher ansehen als früher. Die deutsche Entwicklungslinie scheint langsam wieder aufwärts streben zu wollen. In diesem Ansehen die Nationalversammlung mit ihrer leidenschaftlichen Agitation und ihren heftigen Passivitäten herauszuwachen zu wollen, hieße die erteilte Aufwärtsentwicklung aufs höchste gefährden.

Aber diesen wichtigen Gesichtspunkt ist aber auch zu berücksichtigen, daß eine Reihe hinterher und dringlicher Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, die man dem späteren Reichstag nicht zugeben kann. Die Maßnahme, die Beamtenbeförderung, die Einführung von Beamtenstellen entsprechend den Betriebsstellen, das Gesetz zur Verhütung wider Straftaten, die Reformenmaßnahmen für die Kriegsteilnehmer und die Kriegsinteressen, die Revision des Kampfschwererzeugnisses, das alles sind Aufgaben, die umwälzend langjährig hinausgeschoben werden dürfen. Zum Teil sind sie von der Nationalversammlung bereits in die Hand genommen. Es wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als die Neuheiten bis zum Herbst zu verschleppen. Dann läßt sich für die Nationalversammlung immer noch ein überreiches und wichtiges Betätigungsfeld bis in den Sommer hinein übrig.

Die Nachmittagskredit.

Die Deutscher Reichsfinanzministeriums über die Verwendung der alliierten Rohrwirtschaftskredite gingen dem Reichstag am 1. Mai diesem Bericht werden ausgeben: Neher zum Nachhaken für die Reichsfinanzminister, aber zum Nachhaken für die Reichsfinanzminister. Die Absicht, den neuen Kredit nicht ohne jetzt noch nicht fest, sicher ist jedoch, daß er einseitig zur Entlastung der Preise der Lebensmittel dienen soll.

Neue Gebahren für Oberbefehlsh.

Breslau, 8. März. Dem Drängen des polnischen Chanciersministeriums ist es gelungen, die internationalen Ratifikationen in Polen dazu zu bewegen, daß die Sicherheitswehren Jahrgänge werden, indem ihnen jede wirtschaftliche Remission genommen werden soll. Da durch den Annahmestrich der Kommission auch politische Funktionen wieder freie Hand bekommen haben, befreit die „Schlichter“ für Oberbefehlsh. eine schwere wirtschaftliche Katastrophe.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der Reichsausschuß der Nationalversammlung beschäftigt sich in diesen Tagen mit der großen Zahl von Reichsausschüssen, in denen eine Besondere Kriegsbeschädigtenfürsorge bzw. ein neues Militärversorgungsgesetz verlangt wird. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilte mit, daß das Militärversorgungsgesetz mit größter Eile zu Ende zu bearbeiten werden würde. Der Vertreter der Kriegsbeschädigten sollen bei der Durchführung der Militärversorgungsmassnahmen zugezogen werden. Der Ausschuss befreit, die Reichsausschüsse als Material zu übermitteln.

Das Gesetz über die Beschäftigung der Schwervertriebenen wurde am Donnerstag im sozialpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung beraten. Ministerdirektor Schwarz begründete das Gesetz und wies darauf hin, daß neben den Schwervertriebenen auch die Unfallbeschädigten mit mehr als 50 Pro.

Ante Beschäftigung finden sollen. An Schwervertriebenen befinden sich über 100 000, an Schwervertriebenen Beschäftigten ungefähr 300 000. Es wurde angenommen, daß die Beschäftigung eines Schwervertriebenen geeignet ist, anzunehmen. Bei der Beschäftigung einer solchen Stelle sind die Schwervertriebenen anderen Bewerberinnen vorzuziehen. Die Beratung wird fortgesetzt.

Die Vernehmung des Adlon-Prinzen.

Berlin, 8. März. In der fortgesetzten Vernehmung befrägt Prinz Joachim Albrecht von Preußen auf den entscheidenden, irgendwie aktiv sich an den Ausschreitungen beteiligt zu haben. Die Befragten des Adlon-Prinzen erklärte er als auf einem Mißverständnis beruhend. Heute vormittag nach dem Ende einer Reihe von Vernehmungen im Hotel Adlon den befragten Prinzen befragt worden und es sich sich vernehmen lassen, daß Prinz Joachim Albrecht keinesfalls der Urheber der Ausschreitungen war. Baron v. Winterfeldt, der mit seiner Gemahlin an einem Tisch neben dem Prinzen saß, erklärte: Den meisten Gästen war die Annahme des Prinzen überhaupt unbekannt. Als das Deutschland-Vieh Antonius wurde, erst hob sich der Prinz und mit ihm alle Gäste im Saal. Er sprach ein Wort, das die Aufmerksamkeit der Prinzen hinüber, als ob einem Tische aus an tagen geachteter Richtung der erste Aufbruch“ erklärte. Dann wiederholte mehrere Gäste den Ruf, und schließlich erschallte er von verschiedenen Seiten. Auf diese Weise kam aus dem Adlon eine Anzahl Gäste und viele gegen den Tisch der Prinzen vor. Der Prinz stand an seinem Tische mit über einander gestrübten Armen und betätigte sich nicht. Die Antwort an den hochverehrlichen Ausschreitungen liegt ganz amorphelose in dem pränotierenden Verhalten der Prinzen. Viele sitzen hier in allen Gängen als die Sieger und beschreiben sich direkt aufrecht. Im Gegensatz hierzu benehmen sich die hier weilenden Engländer und Amerikaner sehr unwohl. Sie saßen unsere Nationalität und erhoben sich fast ausnahmslos bei patriotischen Reden von ihren Tischen. So auch am Sonntag im Saal Adlon. — Die Prinzen werden auch von dem Rittermeister v. Sichel, dessen Gemahlin von Frau v. Graf v. Sichel, des Prinzen befragt. — Die Staatsbehörden des Saales Adlon haben im Gegensatz hierzu den Prinzen. Der Oberbefehlsh. teilte mit dem Prinzen einen Besonderen aus der Hand genommen haben. — Mehrere Bestimmungen sind jedoch von allen Seiten befreit, daß Prinz Joachim Albrecht sehr mächtig gestreift zu haben nach und äußere Vernehmung auftrat.

Auch bei seiner zweiten Vernehmung hielt Prinz Joachim Albrecht von Preußen seine Aussagen, nach welchen er am Sonntag im Hotel Adlon nicht beteiligt gewesen ist, vollständig aufrecht. Sehr langsam für den Prinzen sind dagegen die Aussagen der beiden Prinzen, daß der Prinz zunächst ein Weinhaus nach den französischen Gästen amorphel und dann einen Verkehr mit einem fremden Mann ergreifen habe, um ihn ebenfalls nach den Prinzen zu werden. Durch die Darstellung des Prinzen haben sich verändert worden. Die nachherigen Gäste der Prinzen beschränkt gemessen sind, neben anderen ebenfalls an, daß sie nichts von einem Angriff des Prinzen auf die französischen Herren gesehen hätten. Das betonte auch der ebenfalls nichtgenommene russische Staatsrat v. Harfeld. Heute nachmittag ist der Prinz aus Erlangen bei Staatsanwaltschaft dem Ersten Staatsanwalt Dr. Weikmann überbracht worden, bei der Untersuchung der Angelegenheit weiterzuführen.

Wo ist Rittmeister v. Platen?

Berlin, 8. März. Die zweite Vernehmung, die den Rittmeister von Platen betrifft, konnte nicht erfolgen. Die Beamten fanden die Wohnung verfallen und feststellen, daß der Rittmeister gestern vormittag nach Potsdam begeben hatte. Mehrere Beamte suchten darauf nach Potsdam, um Herrn v. Platen dort festzunehmen und nach dem Reichsgericht Berlin zu überführen.

Die Notlage der ordentlichen Honorarprofessoren.

Der Geschäftsführer der Professoren des Gesamtschwererzeugnisses der Universität Halle fordert in einem Aufruf in der Magdeburger Zeitung die Regierung dringend auf, der Notlage der ordentlichen Honorarprofessoren dadurch zu steuern, daß man sie ausreichend bezahle und sie den ordentlichen Professoren in finanzieller Hinsicht gleich stelle. Professor Sommerlad führt aus:

Eine neue Gehaltsregelung für die deutschen Beamten ist geplant. Darüber, daß sie vor allen Dingen den geradezu kümmerlich besoldeten Universitätslehrern zugute kommen muß, sind sich langsam alle politischen Parteien einig. Wenn aber ferner die Frage der unangenehmen Ausbeurteilung der Universitätslehrer die Öffentlichkeit beschäftigt hat, so hat man vornehmlich nur der außerordentlichen Professoren und der nicht beamteten Privatdozenten gedacht, für die feste Gehälter in Aufträgen und Eingaben immer wieder die möglichen Freile möglichen gemacht worden sind. Wollt unbedürftig aber hat die bisherige Erörterung eine Gruppe von Universitätslehrern gelassen, die nur in vorläufiger geringerer Zahl vorhanden sind: die ordentlichen Honorarprofessoren.

Ich ihnen gehören außer wissenschaftlich berühmten Männern, die noch ein anderes öffentliches oder städtisches Amt bekleiden, solche Universitätslehrer, die früher einmal Privatdozenten oder außerordentliche Professoren gewesen sind, die entweder ein anerkannt selbständiges Geschäft betreiben oder sich als Forscher und Lehrer einen Namen gemacht haben. Manche früher ordentliche Universitätsprofessoren aus den besten oder an die Hände abtretenden Gelehrten hat man erst in längerer Zeit in ihre Zahl eingereiht. Die ordentlichen Honorarprofessoren sind Staatsbeamte; denn sie sind vom Minister ernannt worden und haben den Beamten gleichgestellt. Sie werden, wie ihre Einweisung in den akademischen Senat und ihre Berechtigung zum Tragen von Amtsstarke der ordentlichen Professoren ergibt, die gleich geachtet. Aber sie befragen, wenn sie nicht zufällig ein außerordentliches Universitätsamt oder zugleich ein außerordentliches Professur bekleiden, kein Gehalt. Und die Beamten ohne Gehalt haben in den überaus schweren Jahren der Teuerung keine Ersatzergänzung, kleinerer den anderen Beamten heimlich Beförderungsbefähigung erhalten, weil solche eine Höhe und Raum“ von der Privatrenten unter dem Gegenstande befristeten außerordentlichen Staats-

